

Postulat

betreffend **Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“**

eingereicht von: Beatrice Helbling-Wehrli, Gabi Stritt, SP; Barbara Huizinga, EVP;
Jürg Altwegg, Grüne/AL; Katrin Cometta, GLP

am: 18. April 2016

Anzahl Mitunterzeichnende: 27

Geschäftsnummer: 2016.59

Text und Begründung

Der Stadtrat wird gebeten als wirksame Steuerung der Langzeitpflege aufzuzeigen, wie er beabsichtigt, den Grundsatz „ambulant vor stationär“ im Alter, welcher in der Altersplanung 2014 als auch im kantonalen Pflegegesetz als Ziel definiert wurde und welchen die Legislatorschwerpunkte 2014–2018 des Stadtrates bekräftigen, konkret umzusetzen und mit welchen Massnahmen sichergestellt wird, dass die Lücken bei den bestehenden Netzwerken, insbesondere bei der Prävention (Beratung und Abklärung) geschlossen werden.

Begründung:

Die Altersplanung 2014, verfasst vom Altersforum Winterthur und dem Departement Soziales betont, dass die Stadt Winterthur ein „Älter werden mittendrin“ gewährleisten möchte. Es sollen die Ressourcen, Potentiale und Fähigkeiten im Alter gefördert werden. In der Altersplanung ist zu lesen: „Die Stadt setzt auf ambulant vor stationär. Ein Älter werden mittendrin soll gewährleistet werden – in der Stadt Winterthur und in ihren Quartieren. In Generationenbeziehungen, in der partizipativen Mitgestaltung des städtischen Lebens, aber auch in der Begleitung durch tragfähige soziale Netzwerke. Älter werden mittendrin – das benötigt mehr als soziale Dienste und eine Fachpolitik für ältere Menschen.“

Auszugsweise einige Massnahmen aus der Altersplanung 2014

- Förderung der nachbarschaftlichen/informellen Unterstützung.
- Ausbau der ambulanten Versorgung qualitativ und quantitativ.
- Konzepterarbeitung für besonders verletzte Personen (z.B. Demenzerkrankte zu Hause und pflegende Angehörige).
- Stärkung und Vernetzung der Informationsstellen für das Wohnen im Alter

Der Stadtrat bekräftigt in der 12-Jahres-Strategie und Legislatorschwerpunkten 2014-2018, dass die Altersplanung bis 2018 umgesetzt werden soll.

In Winterthur gibt es das Altersforum, welches sich für die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen und Institutionen im Altersbereich engagiert und das Altersleitbild mitinitiiert hat. Die Stelle für Altersarbeit ist jedoch vakant und es stellt sich die Frage, ob mit den vorhandenen Angeboten eine zielführende Umsetzung der Massnahmen erfolgen kann.

In den Jahren 2008-2011 wurde in der Stadt Winterthur in Zusammenarbeit mit der ZHAW das Forschungsprojekt „SpitexPlus“ lanciert. Die Studie kam zum Schluss, dass der Einsatz der PflegeexpertInnen dazu führte, dass das Selbstmanagement und die Autonomie der alten Menschen gefördert werden. Auch wenn die altersbedingten Schwierigkeiten oft nicht

veränderbar sind, lassen sich die Auswirkungen im Alltag verbessern. Voraussetzung dafür ist es, dass Risiken frühzeitig erkannt und im richtigen Moment mit den entsprechenden unterstützenden Massnahmen darauf reagiert wird. So können Spitaleinweisungen verhindert werden und als weitere Folge ist der längere Verbleib in der eigenen Wohnung bis ins hohe Alter möglich.

Die Stadt Zürich kennt die Angebote „Fachstelle präventive Beratung im Alter“ und Hausbesuche SiL (Sozialmedizinische individuelle Lösungen), welche beide zum Ziel haben, den möglichst langen Verbleib der älteren Bevölkerung in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen und die Autonomie zu stärken. Steht bei der Fachstelle präventive Beratung im Alter die Beratung und die frühzeitig Erfassung von Risiken im Vordergrund, richten sich die Hausbesuche SiL an Menschen mit einer Demenz, welche zu Hause leben. Die Angebote sind ein fester Bestandteil in der Versorgung der älteren Bevölkerung in der Stadt Zürich und man hat damit beste Erfahrungen gemacht. Insbesondere bei der Bevölkerung über 80 Jahren zeigt sich ein hoher Bedarf an Beratung und Unterstützung. Beide Angebote unterstützen den Grundsatz ambulant vor stationär und fördern eine Stärkung und Vernetzung des bestehenden Netzwerkes zur Unterstützung im Alter. Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich hat das Problem der demenzkranken Menschen ebenfalls erkannt. Mit dem Pilotprojekt „Aida-Care“, bei dem sich bereits verschiedene Gemeinden angeschlossen haben, wird versucht mit einer individuellen, aufsuchenden Demenz-Abklärung und Beratung betroffene Menschen frühzeitig zu erfassen und mit den entsprechenden Massnahmen eine wichtige Lücke zu schliessen.

Das Büro BASS hat in seinem umfassendem Bericht (GGR 2014/78) Möglichkeiten beschrieben und Gründe genannt, warum, wo und in welchen Bereichen bei den individuellen Leistungen, Steuerungs- und Sparmöglichkeiten bestehen. Bei den Zusatzleistungen wird insbesondere darauf hingewiesen, dass höhere Kosten anfallen, wenn die Betroffenen in einer Heimstruktur leben müssen. Es ist deshalb eine logische Folge, dass die Stärkung der ambulanten und teilstationären Angeboten einen wichtigen Beitrag leisten und wesentlich dazu beitragen, das Ausgabenwachstum bei den Zusatzleistungen zu bremsen. Im Bericht wird empfohlen, die bestehenden Ansätze aufzugreifen und mit Nachdruck weiterzuverfolgen. Dazu gehören einerseits die bekannten Spitex-Leistungen andererseits aber auch Massnahmen, welche Risiken im Vorfeld erkennen und Lücken schliessen.

Der Regierungsrat betont in einer aktuellen Medienmitteilung vom 5. April 2016 die Wichtigkeit die ambulante Pflegeversorgung zu fördern. Der Wunsch in der gewohnten Umgebung zu bleiben, wenn Pflegebedürftigkeit eintritt und einen Eintritt in ein Alters- oder Pflegeheim so lange wie möglich hinauszuzögern, wird von Betroffenen immer wieder betont. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat, dass in den Altersheimen rund ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner nicht oder nur leicht pflegebedürftig sind. Dies sind ältere Menschen, welche bei guter ambulanter Versorgung ihrem Wunsch entsprechend noch zu Hause bleiben könnten und wie der Regierungsrat betont, wäre dies auch finanziell sinnvoll.

Vorstoss-Rückseite Nr. 2016.59

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):		eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	
✓	Ch. Baumann (SP)	X	✓	St. Feer (FDP)	X
✓	B. Helbling-Wehrli (SP)		✓	F. Helg (FDP)	X
✓	R. Kappeler (SP)	X	✓	U. Hofer (FDP)	X
--	R. Keller (SP)		✓	Th. Leemann (FDP)	
✓	B. Konyo Schwerzmann (SP)	X	--	Ch. Magnusson (FDP)	
✓	F. Künzler (SP)	X	✓	D. Schneider (FDP)	X
✓	F. Landolt (SP)	X	✓	M. Wenger (FDP)	X
--	Ch. Meier (SP)				
✓	U. Meier (SP)	X	✓	K. Cometta-Müller (GLP)	
✓	S. Näf (SP)	X	✓	R. Comfort (GLP)	X
✓	M. Sorgo (SP)	X	--	S. Gygax-Matter (GLP)	
✓	M. Steiner (SP)	X	--	B. Meier (GLP)	
--	S. Stierli (SP)		✓	A. Steiner (GLP)	X
✓	G. Stritt (SP)		✓	M. Zehnder (GLP)	X
✓	B. Zäch (SP)	X	✓	M. Zeugin (GLP)	X
			--	M. Wäckerlin (PP)	
✓	S. Büchi (SVP)				
✓	G. Gisler-Burri (SVP)		✓	J. Altwegg (Grüne)	
✓	M. Gubler (SVP)		✓	R. Diener (Grüne)	X
✓	M. Gross (SVP)		✓	R. Dürr-Ziehli (Grüne)	X
✓	H.R. Hofer (SVP)		✓	Ch. Griesser (Grüne)	X
--	R. Keller (SVP)		✓	D. Hofstetter (Grüne)	X
✓	Ch. Leupi (SVP)		✓	D. Berger (AL)	X
✓	U. Obrist (SVP)		--	K. Gander (AL)	
✓	D. Oswald (SVP)				
✓	P. Rütsche (SVP)		✓	L. Banholzer (EVP)	X
✓	D. Steiner (SVP)		✓	M. Bänninger (EVP)	X
✓	W. Steiner (SVP)		--	Th. Deutsch (EVP)	
--	M. Trieb (SVP)		✓	B. Huizinga-Kauer (EVP)	
✓	Z. Dähler (EDU)	X	✓	F. Albanese (CVP)	
			✓	M. Baumberger (CVP)	
✓	Y. Gruber (BDP)		✓	K. Brand (CVP)	
			--	I. Kuster (CVP)	